

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1977 – März

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik ist auch zum Jahresanfang 1977 durch Erscheinungen konjunktureller Unsicherheit gekennzeichnet. Die Belebung der Produktion stockte schon zur Jahresmitte 1976 und kommt seither kaum mehr voran. Die Industrieproduktion lag noch am Jahresende knapp unter dem Stand von 1973, vor Ausbruch der Krise.

Diese Unsicherheit schlägt sich auch in den Prognosen über die Entwicklung des laufenden Jahres nieder. Allgemein wird jedoch nicht damit gerechnet, daß sich der „Aufschwung“ voll durchsetzt. Das Wachstum des Bruttonsozialprodukts wird sich voraussichtlich sogar gegenüber 1976 verlangsamen.

Die tragende Rolle der Konjunktur hatte auch zum Jahresbeginn 1977 noch der Außenhandel. Hier wird auch für den weiteren Verlauf mit überproportionalen Steigerungsraten gerechnet. Die relativ günstige internationale Kostensituation, die im Vergleich niedrige Inflationsrate, wird zu einer Steigerung des Anteils der BRD am Welt Handel führen.

Demgegenüber fällt die Inlandsnachfrage relativ zurück.

Vor allem die öffentliche Hand vergrößert durch ihre restriktive Haushaltspolitik die konjunkturelle Unsicherheit. 1976, dem Jahr, in dem die Konjunkturprogramme der Bundesregierung finanziell wirksam waren, ging der Umfang der öffentlichen Investitionen real erheblich zurück. Angesichts dieser Erfahrung dürfte auch von dem geplanten Investitionsprogramm kein expansiver Impuls erwartet werden, ganz davon abgesehen, daß der Umfang von 3 bis 4 Milliarden DM 1977 gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht fällt.

Eine gewisse konjunkturstabilisierende Funktion hatte 1976 die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern, vor allem nach Pkw. Die Zahl der Zulassungen erreichte mit 2,31 Millionen Stück einen neuen Rekord.

Finanziert wurden diese Käufe durch Konsumentenkredite und durch eine Verringerung der Ersparnisse.

Die Auftragslage der Verbrauchsgüterindustrien zeigt nun, daß diese Tendenz offensichtlich abflaut. Das kann auch kaum überraschen, da die realen Arbeitseinkommen 1976 insgesamt zurückgegangen sind.

Bei Tarifabschlüssen unter 7 Prozent – wie im Stahl- und Metallbereich – kann auch für das laufende Jahr keine Besserung erwartet werden. Hinzu kommt, daß die Diskussion über die Einschränkungen der sozialen Leistungen weitergeht und mit merklichen Kürzungen der Sozialeinkommen bzw. mit stärkeren Belastungen der Arbeitseinkommen gerechnet werden muß. Auch von der Preisseite her ist keine Entlastung zu erwarten. Zwar hat sich die Preissteigerungsrate der Lebenshaltung im abgelaufenen Jahr verringert, wobei diese Tendenz zum Jahreswechsel gestoppt wurde. Allein die Erhöhung einiger Verbrauchsteuern wird den Preisindex um 0,5 Prozent herauftrieben.

Die Investitionstätigkeit war und ist der entscheidende Schwachpunkt der Konjunktur. Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen haben real um nur etwa 4 Prozent zugenommen, in der Industrie sogar nur um 2 Prozent. Die Investitionsquote ist daher weiter gesunken. Die seit 1971 rückläufigen oder stagnierenden Investitionen werden gegenwärtig in erster Linie vom Rationalisierungs- und vom Ersatzbedarf bestimmt. Besonders der steigende Ersatzbedarf wird 1977 bestimmte konjunkturstabilisierende Auswirkungen haben und die Investitionstätigkeit leicht beleben.

Davon aber kann – angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung – keine durchgreifende Belebung ausgehen, die erst mit der Verstärkung echter Erweiterungsinvestitionen zu erwarten wäre.

Eine durchgreifende Belebung ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil die Beschäftigung stagniert und die Arbeitslosig-

keit eine eher steigende Tendenz aufweist. Obwohl das Bruttonsozialprodukt 1976 immerhin noch um etwa 5,5 Prozent gewachsen ist, ist ein „Beschäftigungseffekt“, der zu einem Anstieg der Gesamtnachfrage führt, ausgeblieben.

Auch 1977 wird sich daran nichts ändern. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird kaum abnehmen – das Ifo-Institut z. B. rechnet im Jahresdurchschnitt mit 950 000 gemeldeten Arbeitslosen. Da die „Arbeitsmarktreserve“, d. h. die nicht registrierte Arbeitslosigkeit, wächst und weiterhin ausländische Arbeiter abwandern müssen, bleibt die Arbeitslosigkeit als soziales Hauptproblem unvermindert bestehen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1976
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenhandel

2 Unternehmergevinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration

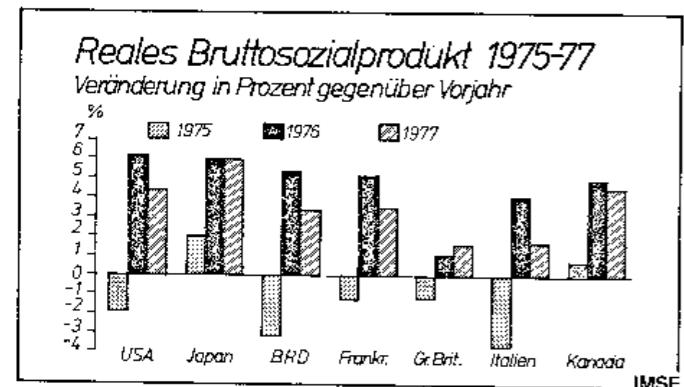
3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1976*

Nach der scharfen Rezession von 1974–1975 ist es in den kapitalistischen Industrieländern 1976 zu einem beträchtlichen Wiederaufschwung des Bruttonsozialprodukts und insbesondere der Industrieproduktion gekommen, verbunden mit einer Verlangsamung der Zunahme der Verbraucherpreise in fast allen diesen Ländern. Im Unterschied zu den Aufstiegsphasen der vorangegangenen Nachkriegszyklen ist der Wiederaufschwung nicht durch ein starkes Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen stimuliert worden und hat nicht zu einem nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt, die auf dem hohen Niveau verharrte, das sie während der Krise erreicht hatte. Die Stagnation der Anlageinvestitionen beeinträchtigt nicht nur die Abnahme der Arbeitslosigkeit, sondern erweist sich auch im Hinblick auf die Wirtschaftsperspektiven dieses Jahres als negativ, für das in der Tat eine Wachstumsverlangsamung des BSP für die Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer erwartet wird.

Das Bruttonsozialprodukt der kapitalistischen Industrieländer, das 1975 um 1,3 Prozent zurückgegangen war, ist 1976 um etwa 5 Prozent gewachsen; am stärksten war die Zunahme in den drei größten kapitalistischen Ländern (Vereinigte Staaten, Japan, Bundesrepublik Deutschland).



Im allgemeinen gingen die Impulse auf das BSP von den Vorratskäufen, die während der Rezession auf ein Minimum reduziert worden waren, und von der Ausfuhr von Gütern und Diensten aus. Die Stagnationstendenz, die sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern schon Anfang der siebziger Jahre abzeichnete, bewirkte, daß die Investitionsneigung der Unternehmen in den meisten dieser Länder trotz des sprunghaften Anstiegs der Profite schwach blieb und damit die These bestätigte, wonach die Verbesserung der Profitquote am Volkseinkommen allein nicht ausreicht, um die Investitionen anzukurbeln, solange die voraussichtliche Entwicklung der Nachfrage und die Profiterwartungen unsicher sind und sich nur geringe, durch die technologische Erneuerung bedingte Investitionsmöglichkeiten ergeben. Die mäßige Expansion der Bruttoanlageinvestitionen trug ihrerseits dazu bei, daß der Wiederaufschwung unsicher war und für das Jahr 1977 eine Verlangsamung des Wachstums erwartet werden muß. Nach OECD-Schätzungen soll das BSP in der Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer um etwa 4 Prozent zunehmen. In der Industrieproduktion war 1976 ein relativ hoher Zuwachs zu verzeichnen, insbesondere in den Ländern (Japan, Vereinigte Staaten, Frankreich und Italien), in denen im Vorjahr die Abnahme besonders stark gewesen war. Die Industrieproduktion ist in den kapitalistischen Hauptländern um 9 Prozent gestiegen gegenüber einem Rückgang von 8 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1975. Dennoch hat die Industrieproduktion in einigen Ländern (BRD, Japan, Großbritannien) im Dezember 1976 noch nicht ganz den Stand erreicht, den sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1973, vor der Krise, hatte. Schon in den Sommermonaten ging die Wachstumsrate zurück, und diese Verlangsamung setzte sich bis zur Jahreswende fort.

* Dieser Abschnitt wurde von Walter Micheli verfaßt.

Veränderung der Industrieproduktion 1975/76 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1975	Jahr	1976			
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
USA	-8,8	+10,3	112,5	-13,3	+8,4	+6,8
Japan	-10,6	+13,3	+12,3	114,5	+13,3	-13,1
BRD	-6,2	+6,8	+4,0	+9,4	+8,7	+5,2
Frankreich	8,9	+10,2	+5,8	-11,3	+14,0	+9,8
Großbritannien	-4,6	+0,8	-1,9	-1,0	-2,1	-1,9
Italien	-8,8	+11,2	-5,8	+13,2	-13,8	+12,0
Kanada	5,4	+4,6	+3,5	+5,5	+5,3	+4,0

1. Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD Main Economic Indicators, Februar 1977)

Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte führte der Wiederaufschwung nicht zu einer nennenswerten Abnahme der Arbeitslosigkeit. Ende 1976 lag die Zahl der Arbeitslosen (etwa 16 Millionen) nur leicht unter dem Niveau, das sie ein Jahr zuvor in der Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer erreicht hatte.

Arbeitslosigkeit 1975/76 in 1000 in den größten kapitalistischen Industriestaaten¹

	1975	1976			
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
USA	7 830	7 151	7 014	7 439	7 632
Japan ²	2 000	2 130	2 200	2 200	2 100
BRD	1 074	1 091	1 064	1 050	1 024
Frankreich	840	907	950	951	932
Großbritannien	929	1 223	1 246	1 308	1 318
Italien	654	625	755	780	775
Kanada	697	704	738	751	772
zusammen	14 024	13 831	13 967	14 479	14 553

1. Saisonbereinigte Angaben
2. Vorläufige Zahlen
3. Eigene Berechnung nach der Feststellung des japanischen Arbeitsministeriums, daß die registrierten Arbeitslosen nur die Hälfte der tatsächlichen Arbeitslosen darstellen
(Quelle: OECD Main Economic Indicators, Februar 1977)

Inzwischen hat die Wachstumsverlangsamung schon eine erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit bewirkt; nach OECD-Schätzungen wird sich diese Entwicklung auch 1977 forsetzen. Den bürgerlichen Regierungen und Wirtschaftswissenschaftlern, die um den bedrohten „Sozialfrieden“ besorgt sind, fällt nichts Besseres ein, als die Thesen wieder auszugraben, die sich schon in den zwanziger und dreißiger Jahren als falsch erwiesen hatten: daß Lohnsenkungen den für den Abbau der Arbeitslosigkeit notwendigen Raum schaffen.

Die Lage der arbeitenden Klassen hat sich infolge der hohen Arbeitslosigkeit und einer deutlich unterproportionalen Zunahme der Löhne gegenüber den Profiten verschlechtert. Den OECD-Schätzungen zufolge ist es in der Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer 1976 zu einem Anstieg der realen Bruttolöhne in Höhe von knapp 3 Prozent gekommen. Aufgrund der erhöhten Sozialbeiträge und der Progression der Lohnsteuer sind die realen Nettolöhne der Beschäftigten nur leicht angestiegen; da die Arbeitsproduktivität in demselben Jahr merklich zugenommen hat, ist die reale Nettolohnquote am Volkseinkommen deutlich zurückgegangen.

1976 hat sich die Versteuerung der Lebenshaltungskosten verlangsamt, obwohl die Zuwachsrate beträchtlich höher als in den fünfziger und sechziger Jahren lag. In der Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer ist die Versteuerung von 11 Prozent im Jahre 1975 auf 8 Prozent zurückgegangen; in einigen Ländern – wie Italien, Frankreich und Japan – war im zweiten Halbjahr allerdings wieder eine Beschleunigung des Preisanstiegs zu verzeichnen.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1975/76 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

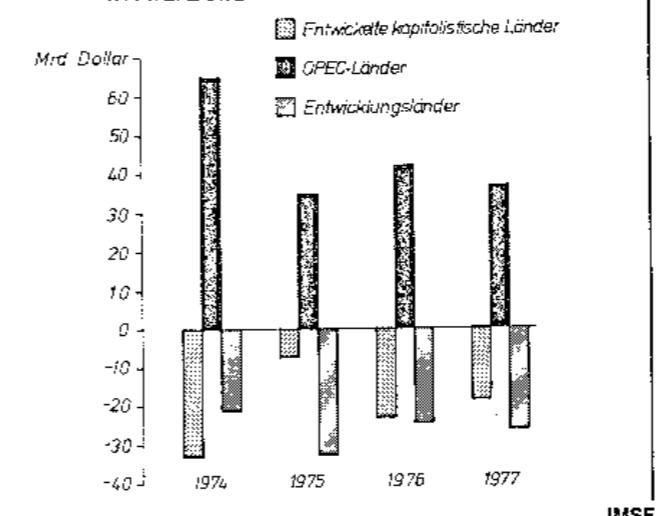
	1975	Jahr	1976			
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
USA	-9,1	+5,8	-6,4	-6,1	-5,5	+5,1
Japan	+11,7	+9,3	-9,1	-9,1	-9,4	+9,5
BRD	-6,0	-4,6	-5,3	+4,9	-4,2	+3,8
Frankreich	11,7	+9,7	-9,6	-9,4	+9,6	+9,9
Großbritannien	124,1	-16,0	121,3	115,1	+13,4	-14,3
Italien	+17,2	+16,5	+12,1	+16,1	+16,7	-21,0
Kanada	+10,8	-7,5	-9,3	-8,6	+6,5	+5,7

(Quelle: OECD Main Economic Indicators, Februar 1977)

Die Perspektiven für das Jahr 1977 sind alles andere als günstig, auch in Abhängigkeit der möglichen negativen Auswirkungen der Erhöhung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die schon seit Dezember 1975 wieder anzusteigen beginnen. Der Weltmarktpreisindex des „Economist“ auf Dollarbasis ist seit diesem Zeitpunkt bis Februar dieses Jahres um 45 Prozent gestiegen: Die Preise der Nahrungsmittel und der Industrieholzstoffe haben um 50 Prozent bzw. 32 Prozent zugenommen. Diese Preissteigerungen haben die Entwicklung der Großhandelspreise in den kapitalistischen Industrieländern bereits beeinflußt; die 1976 eine steigende Tendenz aufgewiesen haben und sich unweigerlich negativ auf die Entwicklung der zukünftigen Lebenshaltungskosten auswirken werden, auch wenn die Überwälzung der Versteuerung auf die jeweils nächste Verteilerstufe nicht automatisch erfolgt.

Der Welthandel hat 1976 wieder deutlich expandiert, nachdem er im Vorjahr stark zurückgegangen war: Real ist er um etwa 10 Prozent gestiegen, gegenüber einer Abnahme um 6 Prozent im Jahre 1975, die den ersten starken Rückgang in den letzten 20 Jahren darstellte (im Zeitraum 1954–1973 hatte der Welthandel eine jährliche durchschnittliche Zuwachsrate von 8 Prozent zu verzeichnen). Die Expansion des Warenaustauschs ging jedoch mit erneuten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den großen Wirtschaftsgebieten und innerhalb dieser Hand in Hand.

Salde der Leistungsbilanz 1974-77 in Mrd. Dollar



Gegenüber 1975 ist das Leistungsbilanzdefizit der kapitalistischen Industrieländer stark gestiegen (von 7 auf 23 Milliarden Dollar), während der Überschuß der OPEC-Länder zunahm und es zu einer Verringerung des Passivsaldo des Entwicklungsländer kam, die auf der durch die Versteuerung der Rohstoffe bedingten Verbesserung ihrer Terms of trade beruhte, trotz der erhöhten Ausgaben für den Schuldendienst. Innerhalb der kapitalistischen Industrieländer ist die starke Ausweitung des Defizits in erster Linie auf die merkliche Verschlechterung der Handelsbilanz in einigen wichtigen Ländern zurückzuführen: Die Vereinigten Staaten und Frankreich sind von einer Überschüsseposition im Jahre 1975 zu einem Defizit im Jahre 1976 übergegangen (von 3,8 Milliarden Dollar auf 14,8 in den Vereinigten Staaten und von 1,6 auf 4,3 Milliarden Dollar in Frankreich); in Italien war eine starke Erhöhung des Passivsaldo zu verzeichnen (von 3,6 auf 6,5 Milliarden Dollar). Andere kapitalistische Industrieländer wie die BRD und Japan haben ihre hohe Überschüsseposition entweder gehalten oder noch verbessert. Die Ungleichgewichte in der Handels- und Leistungsbilanz haben dazu beigetragen, 1976 neue Währungskrisen zu entfachen (Abwertungstaktiken gegen die italienische Lira, Pfund Sterling, französischen Franc und belgischen Franc und Aufwertungsangriffe gegen DM und Schweizer Franken), die jedoch in zunehmendem Maße von den Interventionen des Finanzkapitals verschärft ausgenutzt werden, das in den Währungsspekulationen ein neues, ergiebiges Tätigkeitsfeld sieht.

Milliarden Dollar in Frankreich); in Italien war eine starke Erhöhung des Passivsaldo zu verzeichnen (von 3,6 auf 6,5 Milliarden Dollar). Andere kapitalistische Industrieländer wie die BRD und Japan haben ihre hohe Überschüsseposition entweder gehalten oder noch verbessert. Die Ungleichgewichte in der Handels- und Leistungsbilanz haben dazu beigetragen, 1976 neue Währungskrisen zu entfachen (Abwertungstaktiken gegen die italienische Lira, Pfund Sterling, französischen Franc und belgischen Franc und Aufwertungsangriffe gegen DM und Schweizer Franken), die jedoch in zunehmendem Maße von den Interventionen des Finanzkapitals verschärft ausgenutzt werden, das in den Währungsspekulationen ein neues, ergiebiges Tätigkeitsfeld sieht.

1.2 Sozialprodukt

Das Jahr 1976 war auch in der Bundesrepublik ein Jahr der wirtschaftlichen Belebung. Das Sozialprodukt und die Industrieproduktion nahmen wieder zu, wenn auch das Wachstumstempo in der zweiten Jahreshälfte deutlich verlangsamt war.

Bruttonsozialprodukt der Bundesrepublik

	In Milliarden DM		In % gegenüber dem Vorjahr	
	nominal	real	nominal	real
1972	833,9	563,5	+ 9,5	+ 3,4
1973	927,5	592,4	+ 11,2	- 5,1
1974	997,0	595,0		

Die Tendenz zur Wachstumsverlangsamung macht deutlich, daß die tiefe Wirtschaftskrise der Jahre 1974 und 1975 nicht ausgereicht hat, um die nach 1966/67 entstandenen Disproportionen zu beseitigen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat offensichtlich mit Problemen struktureller Natur zu kämpfen, die durch die zyklische Krise zwar offengelegt, nicht aber verursacht worden sind.

1.3 Industrieproduktion

Die industrielle Produktion, die 1974 und 1975 rückläufig war, ist 1976 wieder angestiegen. Sie lag aber noch am Jahresende leicht unter dem Niveau von 1973, hat den Stand vor der Krise also erst knapp erreicht.

Nettoindustrieproduktion

	Index (1970 = 100)	Veränderung in %
1972	105,9	- 4,3
1973	113,1	- 6,8
1974	111,5	- 1,4
1975	104,5	- 6,3
1976	111,6	+ 6,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/77, S. 65*)

Der durchschnittliche jährliche Zuwachs der letzten sechs Jahre lag also unter zwei Prozent.

Relativ rasch hat sich die Industrieproduktion im Jahre 1976 in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien entwickelt, die stark vom Export abhängig sind. Dort war aber auch der Einbruch 1975 am tiefsten gewesen.

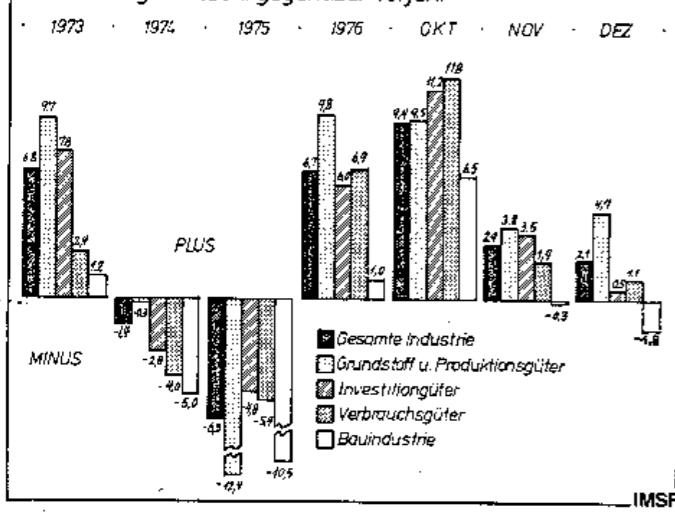
Veränderung der Nettoindustrieproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1973	1974	1975	1976	Okt.	Nov.	Dez.
Gesamte Industrie	+6,8	-1,4	-6,3	+6,7	+9,4	+2,9	+2,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	+9,7	-0,3	-12,4	+9,8	+9,5	+3,8	+4,7
Investitionsgüter	+7,8	-2,8	-4,8	+6,0	+11,2	+3,5	+0,5
Verbrauchsgüter	-2,4	-4,0	-5,4	+6,9	+11,8	+1,9	+1,1
Bauindustrie	+1,2	-5,0	-10,5	+1,0	+6,5	-0,3	-1,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/77, S. 65*)

Nettoindustrieproduktion

Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr



Strukturelle Momente sind besonders in der Bauindustrie wirksam. Ihr Produktionsniveau lag 1976 um 5,3 Prozent unter dem Stand von 1970.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion in ausgewählten Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1976						
	1973	1974	1975	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie insgesamt	+ 6,8	- 1,4	- 6,3	+ 7,2	+ 7,8	+ 9,4	- 2,9
Eisenbahnfertigung	+16,8	+ 8,2	-23,1	-13,3	+13,7	+ 7,8	-1,2
Chemische Industrie	+12,8	- 2,8	-12,2	-20,4	+12,7	-10,3	-4,9
Maschinenbau	+ 3,4	+ 0,7	- 5,7	- 4,8	- 2,3	+ 2,6	- 0,4
Straßenfahrzeugbau	+ 8,4	-13,4	+ 3,9	- 7,9	+12,2	+13,0	+5,3
Elektrotechnische Industrie	+12,8	+ 0,8	- 7,2	+ 8,6	+ 4,5	+16,5	+4,9
Textilindustrie	+ 0,1	- 5,4	- 3,2	+ 8,4	- 7,3	+11,4	+2,1
Bekleidungsindustrie	- 6,5	- 8,3	+ 1,7	- 4,0	- 1,0	+ 2,4	- 4,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/77, S. 16 ff.)

Neben der Bauindustrie ist auch die Bekleidungsindustrie als ganzer Industriezweig seit 1970 geschrumpft. Das dürfte auch mit der Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionsstätten ins Ausland, vor allem in „Niedriglohnländer“ zusammenhängen.

Die Zusammenfassung nach Industriezweigen verwischt in einigen Fällen typische Strukturunterschiede in der Produktionsentwicklung, da sowohl Produktionsmittel als auch Konsumgüter darin eingehen.

Bruttoproduktion ausgewählter Güter in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	August	September	Oktober	November
Investitionsgüter	- 2,6	- 0,2	+ 4,6	- 0,8
darunter:				
Stahlbauerzeugnisse	- 4,5	- 1,7	+ 4,2	- 9,3
Maschinenbau-erzeugnisse	- 5,3	- 2,3	+ 1,3	- 0,8
Elektrotechnische Investitionsgüter	- 3,5	- 1,9	- 2,5	- 7,0
Verbrauchsgüter	+ 8,7	+ 7,8	+ 12,3	+ 3,7
darunter:				
Straßenfahrzeuge	+ 21,4	+ 22,4	+ 13,3	+ 5,4
Elektrotechnische Verbrauchsgüter	+ 24,3	+ 7,5	+ 26,7	+ 13,1

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 1/77)

Es zeigt die Differenzierung, daß die Produktionsentwicklung noch immer zu einem großen Teil durch die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern bestimmt ist. Finanziert worden sind diese Käufe teilweise durch die – infolge der Zinsentwicklung relativ billigen – Konsumentenkredite, deren Umfang 1976 um mehr als 20 Prozent oder 12 Milliarden DM zugenommen hat (vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1976/77, S. 43). Allerdings zeigt der Auftragseingang in den Verbrauchsgüterindustrien, daß sich diese Entwicklung 1977 in nur noch abgeschwächtem Tempo fortsetzen wird.

Industrielle Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Industrie insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	1	2	1	2	1	2	1	2
August	+ 27,1	+ 21,1	- 19,6	+ 19,3	+ 36,7	+ 30,7	+ 16,2	+ 11,5
Sept.	+ 14,6	+ 8,9	- 10,8	+ 3,9	+ 16,4	+ 11,3	+ 16,1	- 10,8
Oktober	+ 6,1	+ 0,4	+ 0,4	- 6,9	+ 12,7	+ 7,6	+ 2,0	- 2,7
November	+ 14,5	+ 8,5	+ 8,1	+ 1,1	+ 22,3	+ 16,7	+ 7,4	+ 2,4
Dezember	+ 19,9	+ 11,3	+ 11,3	+ 29,4	+ 29,4	+ 29,4	+ 9,7	+ 9,7

(Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 1/77; Frankfurter Rundschau v. 3. 4. 77)
1 Wertindex; 2 Volumenindex

Die relativ hohen Zuwachsraten der Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien müssen auch vor dem Hintergrund der Entwicklung im Vorjahr gesehen werden, als nach Auslaufen der Bestellfrist für die Investionsprämie die Aufträge rückartig zurückgingen. Allerdings scheint sich zum Jahreswechsel die Auftragslage dort stabilisiert zu haben.

Immer noch gehören die Auslandsaufträge zu den expansiven Momenten der konjunkturellen Entwicklung, wenn auch die durch Großaufträge bedingten hohen Steigerungsraten der Jahresmitte sich nicht wiederholt haben.

Industrielle Auftragseingänge in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Wertindex)

Inland	Industrie insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	+ 21,6	+ 16,8	+ 29,9	+ 13,8
Sept.	- 14,4	+ 12,6	+ 16,1	+ 14,1
Oktober	+ 6,0	- 0,4	+ 15,0	+ 0,4
November	+ 12,0	+ 6,6	+ 20,0	+ 6,6
Dezember	+ 17,0	+ 10,2	+ 26,9	+ 7,2

Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft¹

	Anlageinvestitionen in Mrd. DM	darunter: Anlagen in Mrd. DM	Bauten in Mrd. DM	
	in %	in %	in %	
1972	150,4	- 2,7	73,9	- 0,1
1973	151,4	- 0,6	75,3	+ 2,0
1974	139,1	- 8,1	69,4	- 7,9
1975	133,3	- 4,1	69,6	+ 0,4
1976	139,2	- 4,4	73,9	- 6,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/77, S. 13)

1 In Preisen von 1962; 2 In % gegenüber dem Vorjahr

Vor allem die Bauinvestitionen sind zurückgegangen, unter anderem ein Ergebnis des rückläufigen Wohnungsbaus. 1976 wurden mit etwa 380 000 Wohnungen wiederum fast 13 Prozent weniger fertiggestellt als 1975.

Eine weitere Ursache ist der Rückgang der öffentlichen Investitionen, die vor allem Bauinvestitionen sind.

Nettoinvestitionen des Staates²

Zugänge und Abgänge zum Bruttoanlagevermögen^{1,2}

	Zugänge	Abgänge
1970	120	27
1971	123	29
1972	122	31
1973	117	34
1974	112	36
1975	114	37
1976	123	39

1 Unternehmen ohne Wohnungsvermietung

2 In Mrd. DM zu Preisen von 1970

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 3-4/77, S. 27)

Trotz der Zunahme des Produktionspotentials und des Kapitalstocks nimmt die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Unternehmen ab.

Die Ursache ist die wachsende Kapitalintensität der Produktion, d. h., das Verhältnis zwischen Arbeits- und Maschineneinsatz wächst zugunsten der Maschinen.

So ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, daß im Jahre 1970 die Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft 90 000 DM kostete. Der durchschnittliche Wert eines vernichteten Arbeitsplatzes belief sich – berechnet zu vergleichbaren Preisen – nur auf 20 000 DM.

Sollte also 1970 und in den folgenden Jahren ein vernichteter Arbeitsplatz durch einen neuen ersetzt werden, dann mußte für Sachkapital mehr als das Vierfache aufgewendet werden.

Allerdings scheint sich diese Entwicklung in den letzten Jahren verlangsamt zu haben. Das meint jedenfalls das DIW: „Rationalisierung kommt gegenwärtig nicht darin zum Ausdruck, daß Investitionen mit besonders rasch steigender Kapitalintensität getätigt werden“ (DIW-Wochenbericht, 3-4/77, S. 28). Das heißt allerdings nicht, daß nun wieder mehr lebendige Arbeit eingesetzt wird. Die Arbeitsproduktivität wächst sogar beschleunigt, aber die eingesetzten Maschinen sind effektiver, es kann pro eingesetzte Kapitaleinheit mehr produziert werden, es wird billiger, einen Arbeiter durch eine Maschine zu ersetzen.

Sichtbar sind solche Effekte in der Elektronik-Industrie. So haben heute kleine Silizium-Plättchen („Chips“) die gleiche „Denkkapazität“, d. h. Leistungsfähigkeit, wie der erste große IBM-Computer, können also ebensoviel Angestellte ersetzen wie dieser. Der Computer aber kostete eine Million Dollar, der „Chip“ ist schon für 20 Dollar zu haben (Frankfurter Rundschau v. 31. 12. 77). Wenn sich diese Tendenz auch in der Gesamtwirtschaft voll durchsetzen sollte, dann würde das auf der einen Seite eine Verbesserung der Profitrate beinhalten. Es wäre möglich, ohne zusätzlichen Kapitalaufwand, ohne eine Ausdehnung der Investitionstätigkeit zu rationalisieren, Arbeitsplätze zu vernichten. Gleichzeitig aber würden die Absatzmöglichkeiten zurückgehen, denn der Beschäftigungsabbau würde die Konsumtionskraft der Bevölkerung senken, während gleichzeitig auch die Nachfrage nach Investitionsgütern stagniert. Es würde ein Kapitalüberfluß entstehen, der vor allem im Ausland nach neuen Anlagenphären suchen würde.

Für die Entwicklung der Bundesrepublik aber wäre eine tendenzielle Senkung der Beschäftigtenzahlen und eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums die Folge.

Gegenwärtig reichen die empirischen Informationen noch nicht aus, um diese These zu überprüfen. Immerhin aber sind die beschriebenen Effekte in der Elektroindustrie und in der Uhrenindustrie sichtbar.

Für das laufende Jahr wird eine etwas stärkere Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen erwartet. Das DIW rechnet mit einer gesamtwirtschaftlichen Zunahme von 5 Prozent, also etwa proportional dem Bruttosozialprodukt. Zumindest ein Rückgang ist wenig wahrscheinlich, da der Ersatzbedarf infolge des natürlichen und moralischen Verschleißes der Anlagen anwächst. Davon dürfte 1977 eine gewisse konjunkturstabilisierende Wirkung ausgehen, auch wenn mit einer nachdrücklichen Belebung der Investitionen, vor allem mit einer Zunahme von Erweiterungsinvestitionen, nicht gerechnet werden darf.

Das zeigt schon die immer noch unzureichende Kapazitätsauslastung, die seit dem 1. Quartal 1976 kaum noch gestiegen ist.

Kapazitätsausgleich der Industrie¹

Jahr	Januar	April	Juli	Oktober
1969	89,1	89,6	90,3	90,0
1970	92,1	91,6	90,3	89,0
1971	88,6	88,4	86,9	86,1
1972	85,7	85,5	85,3	85,9
1973	87,1	87,5	86,5	85,7
1974	84,0	83,1	80,8	78,8
1975	77,3	76,2	76,3	78,4
1976	80,2	82,2	81,8	82,6

1 Saisonbereinigt in Prozent
(Quelle: Ifo-Schnelldienst Nr. 34/1976)

1.5 Außenhandel

Der Export hat sich im abgelaufenen Jahr nach dem Einbruch des Jahres 1975 wieder als wichtigste Konjunkturstütze herausgeschält. Mit einer Zunahme um nominal 15,6 und real etwa 14 Prozent entwickelte er sich sogar stärker als der gesamte Welthandel, so daß die BRD insgesamt ihre Position festigen konnte.

Allerdings zeigt sich, daß die Zunahme der Bedeutung der Ausfuhren mit einer wachsenden Verflechtung auf der Produktionsebene zusammenhängt. Die Einfuhren nahmen im gleichen Zeitraum um nominal 20,3 und real 16 Prozent zu, so daß der Exportüberschuß leicht zurückging.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	in %	in Mrd. DM	in %	in Mrd. DM	in %
1972	149,0	+ 9,6	128,7	+ 7,2	20,3	+ 27,7
1973	178,4	+ 19,7	145,4	+ 13,0	33,0	+ 62,6
1974	230,6	+ 29,3	179,7	+ 23,6	50,8	+ 53,9
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,5	37,3	- 26,6
1976	256,2	+ 15,6	221,6	+ 20,3	34,5	- 7,5

1 In Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/77, S. 35)

In der zweiten Jahreshälfte von 1976 hat sich der Exportüberschuß gegenüber dem Vorjahr wieder erhöht, so daß für 1977 wieder mit einer Steigerung des Saldo der Handelsbilanz gerechnet werden kann.

Die Ausfuhr in die Länder der EG wuchs dabei überproportional. 46 Prozent aller Ausfuhren der BRD gehen in diese Region. Während die Einfuhren aus den sozialistischen Ländern kräftig um 28 Prozent zunahmen, stagnierten die Exporte nahezu mit einem Zuwachs um 0,4 Prozent. Das ist jedoch nur eine Reaktion auf die extrem unausgeglichenen Warenströme zwischen den Systemen im Krisenjahr 1975. Während die kontinuierlich wachsende Wirtschaft des sozialistischen Lagers die Aufnahmefähigkeit für Exporte auch aus dem kapitalistischen Ausland steigerte – hierbei spielten auch die verbesserten Vertragsbeziehungen eine Rolle –, hatte sich gleichzeitig der Markt der kapitalistischen Wirtschaft krisenhaft verengt. Diese auf die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der beiden Systeme zurückzuführende „Lücke“ im intersystemaren Handel konnte 1976 stark verkleinert werden – auf dem 1975 erreichten Niveau der wirtschaftlichen Beziehungen.

Allerdings ist der Anteil der sozialistischen Länder (ohne DDR) am Export der BRD mit 7 Prozent absolut noch gering. Bei Einbeziehung der DDR steigt der Anteil auf etwa 8,5 Prozent.

Die Verstärkung der Direktinvestitionen im Ausland – mit 2,8 Milliarden DM lagen sie im ersten Halbjahr 1976 noch einmal um mehr als 10 Prozent höher als im Vorjahr – ist ein wichtiges Moment zur Verstärkung des Außenhandels.

Da die existierenden Statistiken nur immer den direkten Kapitalexport untersuchen und Kapitalbewegungen, die über die internen Kanäle der internationalen Konzerne – z. B. über Verrechnungspreise – erfolgen, nicht erfassen können, ist das Ergebnis einer Untersuchung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung interessant, die die Bedeutung der Auslandsinvestitionen für die Konzerne der BRD zum Gegenstand hält.

Daraus geht hervor, daß die Hauptgründe für Auslandsinvestitionen absatzstrategische und kostenmäßige Überlegungen sind. Auch die Sicherung vor Währungsunruhen spielt eine Rolle. Insgesamt zeigt diese Untersuchung, in welchem Maße sich die Situation in den letzten 10 Jahren verändert hat. Dabei bezicht sie die Auswirkungen der Krise noch nicht voll ein, so daß die Problematik heute noch schärfer steht.

Die Bedeutung von Auslandsaktivitäten für die Unternehmen der BRD¹

	Anteil des Auslands an den Bruttoanlageinvestitionen	Anteil der Auslandsbeschäftigte an der Gesamtbeschäftigung
1965	15 %	12,3 %
1975	23 %	28,1 %

1 Nach Ergebnis einer Befragung des Ifo-Instituts 1975
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 3/77, S. 5ff.)

Vor allem in der Elektrotechnik und in der chemischen Industrie ist der Anteil der Auslandsbeschäftigung mit 41 bzw. mit 44 Prozent extrem hoch.

Nach der Befragung beabsichtigen vor allem die Großunternehmen auch für die Zukunft eine Ausweitung ihrer Auslandsaktivitäten.

Vorwiegend in den Verbrauchsgüterindustrien, so in der Schuh- und in der Bekleidungsindustrie, ist es zur Verlagerung arbeitsintensiver Fertigungen ins Ausland gekommen. Hier ist auch die Praxis der Reimporte verbreitet. Wenn daher gerade in diesen Branchen über vermehrte Importkonkurrenz geklagt wird, so sollte im Auge behalten werden, daß es sich dabei teilweise um die Produkte der eigenen, im Ausland errichteten Tochterunternehmen handelt.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß das Lohnkostenargument in den für den Kapitalexport wichtigsten Branchen der Investitionsgüterindustrien nur von sekundärer Bedeutung ist. Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und das Bestreben der Konzerne, durch Auslandsproduktionen unbehelligt von Wechselkursänderungen und Importrestriktionen Märkte zu sichern, ist die wichtigste Ursache für die Ausdehnung der Auslandsinvestitionen.

2. Unternehmergevinne und Konzentration

2.1 Unternehmergevinne

Die Entwicklung der Unternehmergevinne hat 1976 einen Sprung nach oben gemacht, der nur mit der Gewinnexplosion der Jahre 1968/69 vergleichbar ist.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen in Mrd. DM	Nettoeinkommen in Mrd. DM	Nettolohn- und -gehaltssumme in %	
		in %	in %
1972	200,0	+ 7,9	+ 8,1
1973	215,9	+ 7,9	+ 8,9
1974	219,9	+ 1,9	+ 7,8
1975	228,3	+ 3,8	+ 6,2
1976	260,4	+ 14,1	+ 13,0
	(206,8) ²	(+ 15,4) ²	(+ 9,1)

1 In Prozent gegenüber dem Vorjahr

2 In Klammern: einschließlich der Investitionszulage in Höhe von 4,3 Mrd. DM im Jahre 1976
(Quellen: Wirtschaft und Statistik, 9/1976, S. 534/35; DIW-Wochenbericht Nr. 3-4/77, S. 33)

Die Unternehmergevinne in der Industrie sind noch weit gestiegen. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts lagen die Gewinne in der verarbeitenden Industrie im Herbst 1976 um etwa 30 Prozent über dem Niveau des Vorjahrs (Ifo-Schnelldienst Nr. 34/76, S. 5).

Die Großunternehmen konnten in ihrer Mehrzahl noch höhere Zuwachsraten verbuchen. Das zeigt eine Auswahl von Veröffentlichungen über die Gewinnsituation großer Konzerne in den letzten Wochen.

Ausgewiesene Gewinne (Jahresüberschuß) im Geschäftsjahr 1976 in Millionen DM

	1975	1976	Veränderung in % gegenüber dem Vorj.
RWE ¹	392	448	+ 14,3
VEBA	86	152	+ 76,7
Thyssen-Hütte ¹	244	271	+ 11,1
Thyssen-Industrie (Rheinstahl)	51	135	+ 164,7
Gutehoffnungshütte (GHH) ¹	63	93	+ 47,6

Initiative Menschenrechte für ausländische Arbeiter

In der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten 1,9 Millionen ausländische Arbeiter — mit Ihren Familien 4 Millionen — unter schwierigen Bedingungen. Am 25. und 26. Februar 1977 tagte in Düsseldorf der Türkische Arbeiterkongreß. Auf ihm waren 530 Delegierte vertreten, die 107 regionale Arbeitervereine repräsentierten. Des weiteren waren über 500 Arbeiter, Lehrer, Betriebsräte und Sozialbetreuer anwesend. Einstimmig wurde ein offener Brief an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. In ihm wird die Verwirklichung der Menschenrechte gefordert, zu der

sich die Bundesregierung als Signatarstaat der UN-Charta für Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki verpflichtet hat. Aus Solidarität und wegen der großen Bedeutung dieser Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten aller Arbeiter, Angestellten und Beamten schließt sich das Redaktionskollegium der Zeitschrift „NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ den Forderungen der ausländischen Arbeiter an. Gleichzeitig appellieren wir an Leser und Freunde, an Organisationen und Vertretungsorgane, diesen offenen Brief zu unterstützen.

Offener Brief

An die Regierung der Bundesrepublik Deutschland z. H. des Bundeskanzlers Herrn Helmut Schmidt

In tiefer Sorge um die demokratischen Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland protestieren wir gegen die unwürdigen Bedingungen, unter denen in diesem Lande Millionen ausländische Arbeiter leben müssen. Uns ausländischen Arbeitern und unseren Familienangehörigen, die wir ein erheblicher Teil der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik sind, werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten.

Wir fordern:

Einräumung des Menschenrechts auf Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik. Die „Zuzugsbeschränkung für ausländische Arbeitnehmer in Ballungsgebiete“ vom 1. April 1975 bedeutet eine wesentliche Einschränkung dieses Grundrechts.

Wir fordern:

Gewährung des Menschenrechts auf Familienzusammenführung. Unter dem Vorwand des Anwerbestopps wird Angehörigen ausländischer Arbeiter, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben, die Ausbildung und Arbeitsaufnahme verweigert. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile bedeuten eine drastische Einschränkung des Grundrechts auf Zusammenleben der Familien.

Wir fordern:

Gewährung des Menschenrechts auf Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung.
Auf Anweisung der Bundesregierung werden ausländische Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung benachteiligt. Sie stehen unter der ständigen Drohung, daß ihnen die Arbeitserlaubnis entzogen oder nicht verlängert wird. Diese Praxis bedeutet eine erhebliche Einschränkung wesentlicher Grundrechte.

Wir fordern:

Gewährung des Menschenrechts auf soziale Sicherung und Gleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, im Alter und bei Notfällen. Dieses Grundrecht wird durch das Ausländergesetz und eine reaktionäre Rechtsprechung erheblich eingeschränkt. Es ist ein Gebot der Humanität und der Demokratie, daß die Bundesregierung, die sich feierlich zu den Prinzipien der UN-Charta der Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki bekannt hat, diesen wichtigen Bürgerrechten in der Bundesrepublik Deutschland endlich volle Geltung verschafft.

(Hier abtrennen und schicken an: Redaktion NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main 1)

Ich schließe mich der Initiative „Menschenrechte für ausländische Arbeiter“ an:

Name **Vorname**

Anschrift

Funktion/Organisation
(dient nur der Kennzeichnung der Person)

Datum/Unterschrift

Zudem gehören immer mehr große Unternehmen – wenn auch keine Großkonzerne – zum Kreis der Betroffenen.

Vor allem große Unternehmen in gefährdeten Branchen gerieten in Gefahr. So zerrte die größte westdeutsche Textilgruppe von Glöggeler mit 12 000 Beschäftigten. Durch den Eingriff von Banken und Landesregierungen wurde sie vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt.

An die Spitze der Konkursstatistiken rückte vor den Bausektor der Handel. Der Elektrohändler „Bieberhaus“, das Selbstbedienungswarenhaus „Mehrwert“, „Neckermann“, das Lebensmittelunternehmen „Lätscha“ – alles Unternehmen, die zu den größten ihrer Branche gehören – brachen zusammen oder mußten sich an Größere „anlöhnen“.

Beispiele aus anderen Branchen sind die „Pfalz-Kredit-Bank“, „Eszet-Schokolade“, die „Anker-Werke“ (Maschinenbau), „Aschinger“ (Gaststätten), „Schuco“ (Spielsachen).

Alle diese Betriebe waren keineswegs kleine oder mittlere Unternehmen. Sie waren aber auf eine einzige Branche beschränkt und wurden so Opfer von Branchenkrisen.

Große Konzerne dagegen sind in der Regel in mehreren Bereichen verankert und können so etwaige Verluste in schwachen Branchen ausgleichen. Daher erklärt sich auch der Prozeß der Diversifikation großer Konzerne, durch die diese sich gegen den Niedergang einzelner Branchen sichern wollen.

Obwohl auch Größe kein absoluter Schutz vor Zusammenbrüchen ist, ist die Gewinnsituation von Großunternehmen doch deutlich besser als bei kleineren und mittleren Betrieben.

Das zeigt eine Untersuchung der Industriekreditbank über die Umsatzrendite „mittelständischer“ Betriebe. Zwar ist diese Größe in ihrer Aussagekraft zweifelhaft – gerade zwischen den rationeller arbeitenden Großunternehmen und „mittelständischen“ Betrieben dürfte es entscheidende strukturelle Unterschiede geben (vgl. auch „Info“ 4/76).

Bilanzvergleich „mittelständischer“ und großer Unternehmen

Cash-flow-Rendite ¹ in Prozent	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
„Mittelstand“	9,8	9,2	9,2	9,2	8,0	7,2	7,2
Großunternehmen	13,5	12,2	11,3	12,0	11,9	10,6	9,8
Umsatz-Rendite ² in Prozent							
„Mittelstand“	6,0	5,3	5,2	5,2	4,1	3,6	3,4
Großunternehmen	6,3	4,7	4,5	5,2	5,3	4,7	4,0

¹ Gewinn plus Rückstellungen plus Abschreibung zu Umsatz

² Gewinn zu Umsatz

(Quelle: Handelsblatt v. 18. 1. 77)

Es muß berücksichtigt werden, daß zu den „mittelständischen“ Unternehmen hier nur Betriebe mit bis 500 Beschäftigten gezählt werden. insgesamt 1,908 Millionen Unternehmen. Sie beschäftigen 62 Prozent aller Erwerbstätigen der Wirtschaft (außer Staat und Landwirtschaft). Mehr als die Hälfte aller Lohnabhängigen arbeiten dort. Die 3600 Großunternehmen weisen nochmals große Differenzierungen in sich auf, so daß die Tabelle noch keinen Einblick in die Situation der wenigen Dutzend Monopole gibt, die indirekt auch einen großen Teil der mittelständischen Betriebe beherrschen.

Die Aussagekraft der Tabelle muß weiterhin eingeschränkt werden, weil zum dort berechneten Gewinn jeweils unterschiedliche Bestandteile gehören. „Mittelständische“ Unternehmen weisen in ihrem Bruttogewinn sämtliche Steuern, Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und den „Unternehmerlohn“ aus. Dagegen werden von den Großunternehmern ein Teil der Steuern, der „Unternehmerlohn“ (Managergehälter) und Pensionsrückstellungen gewinnmindernd als Kosten berechnet. Allein durch die Berechnungsart erscheint der Gewinn der „Mittelständler“ im Vergleich zum Großunternehmen höher, als er tatsächlich ist.

Unter Berücksichtigung aller dieser die Aussagekraft eines solchen Vergleichs einschränkenden Faktoren zeigt sich deutlich, daß die Ertragslage der größeren Unternehmen durchweg besser ist als bei den kleineren Betrieben.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Bis zum Jahresbeginn 1977 hat sich der Anstieg der Nominallöhne trotz „Aufschwung“ nicht beschleunigt. Das gilt sowohl für die Tariflöhne als auch für die Summe der Löhne und Gehälter.

Summe der Löhne und Gehälter

	Brutto in Mrd. DM	in %	Netto in Mrd. DM	in %	Pro Beschäftigten	Lebenshaltungskosten ¹
1972	376,2	+ 9,1	286,1	+ 9,1	+ 9,0	+ 5,3
1973	423,8	+ 12,6	311,5	+ 8,9	+ 8,3	+ 6,8
1974	463,6	- 9,4	335,9	+ 7,8	+ 9,8	+ 6,9
1975	479,6	+ 3,5	348,0	+ 3,6	+ 7,2	+ 6,1
1976	510,8	- 6,5	361,4	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,6

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr; 2 Arbeitnehmerhaushalte
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/76, S. 534; DIW-Wochenbericht, 3-4/77, S. 33; Arbeits- und Sozialstatistik, 2/77, S. 55)

Die reale Kaufkraft der Arbeitseinkommen hat 1977 weiter abgenommen. Das ist um so bemerkenswerter, als das Arbeitsvolumen, d. h. der Umfang der geleisteten Arbeitsstunden, gegenüber 1975 nicht mehr zurückgegangen ist. Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen wurde durch die Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden pro Beschäftigten in etwa kompensiert.

Die Nettoarbeitsentnahmen haben pro Beschäftigten 1976 real nicht mehr zugenommen, obwohl die Zahl der Wochenstunden pro Kopf in der Industrie im Juli schon 2,2 Prozent höher war als in der gleichen Vorjahreszeit.

Bei der Berechnung der Reallohnentwicklung muß jedoch auch die Lage des unbeschäftigteten Teils der Arbeiterklasse berücksichtigt werden. Denn die materielle Situation einer Arbeiterfamilie wird sowohl von der Lohnhöhe als auch von der Zahl der Verdienster bestimmt. So verschlechtert sich der Lebensstandard drastisch, wenn ein Verdienster der Familie arbeitslos wird. Es muß daher auf der einen Seite die Zahl der Beschäftigten um die Zahl der Arbeitslosen und auf der anderen Seite die Summe der Einkommen um die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit vergrößert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen um die „Arbeitsmarktreserve“ erweitert werden muß, d. h. um die Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und sich daher nicht mehr als arbeitsuchend registrieren lassen. 1976 waren nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit 516 000 Personen zu dieser „Reserve“ zu zählen (Jahresgutachten 1976/77, S. 50).

Bei dieser Berechnung muß einschränkend bemerkt werden, daß sie nur einen ungefähren Eindruck vermittelt. Nicht berücksichtigt wurde die Tatsache, daß 1976 mehr als 150 000 Ausländer abgewandert sind. Auch erhalten Arbeitslose teilweise Sozialhilfe, die hier nicht mitberechnet werden konnte.

Weiterhin sind in den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit auch die Krankenkassenbeiträge enthalten, so daß die Nettobezüge noch etwas niedriger sind.

Trotzdem dürften diese Faktoren an der Tendenz wenig ändern. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die Pro-Kopf-Einkommen der Lohnabhängigen (einschließlich Arbeitslosen) in den letzten 5 Jahren real nur noch um 3,6 Prozent zugenommen haben, während das reale Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum immerhin noch um 11,7 Prozent gestiegen ist.

3.2 Steuern

Die Steuereinnahmen stiegen 1976 wieder kräftig an, wobei die Lohnsteuern überproportional zunahmen.

Einkommenssituation der Lohnabhängigen

„Reserve“	Zahl der Lohnabhängigen (in 1000)	Arbeitlose	Beschäftigte	Insgesamt	Löhne	Arbeitseinkommen (Mrd.)	Unterstützung	Insgesamt	Einkommen je Lohnabhängigen in % ¹	nominal	real
1972	144	246	22 435	22 825	286,1	1,6	287,7	1 6,5	+ 1,2		
1973	151	273	22 564	22 988	311,5	1,6	313,1	+ 8,1	+ 1,3		
1974	197	582	22 152	22 931	335,9	4,5	340,4	+ 9,0	+ 2,1		
1975	365	1 074	21 420	22 859	348,0	10,7	358,7	- 5,7	- 0,4		
1976	516	1 060	21 275 ¹	22 851	361,4	9,4 ²	370,8	+ 3,4	- 1,2		

¹ Schätzung des Sachverständigenrates; 2 Viertes Quartal geschätzt; 3 In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quellen: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1976/77, S. 50; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/77, S. 63* ff.)

Steuereinnahmen von Bund und Ländern 1976

	in Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber Vorjahr
Steuern insgesamt	244,5	- 10,4
darunter:		
Lohnsteuer	80,6	+ 13,2
Umsatzsteuer	36,6	- 2,3
Veranlagte Einkommensteuer	30,9	+ 10,2
Körperschaftsteuer	11,8	+ 17,8

(Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 10/77)

Der Anstieg der Körperschaftsteuer zeigt indirekt das Ausmaß der Gewinnsteigerungen vor allem bei den großen Kapitalgesellschaften. Das wird dann deutlich, wenn berücksichtigt wird, daß von der Körperschaftsteuer bereits die auf 1976 entfallenen Erstattungen aus den verschiedenen Investitionszulagegesetzen, vor allem der Investitionsprämie von 7,5 Prozent, abgesetzt sind.

Investitionszulagen¹ in Mrd. DM

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
0,4	0,9	1,2	1,2	1,3	1,2	5,3

(Quelle: Bulletin..., Nr. 10/77)

¹ Investitionsprämien und Berlinförderung

Ohne die Zulage aus der Investitionsprämie wäre die Körperschaftsteuer 1976 um 57 Prozent gewachsen – eine Zahl, die Rückschlüsse auf die Dimension des Anstiegs der versteuerbaren Gewinne zuläßt.

Nach der letzten Steuerschätzung der Bundesregierung wird sich der Einnahmenanstieg trotz einiger in den letzten Wochen erfolgten Korrekturen nach unten in einer ähnlichen Größenordnung wie 1976 fortsetzen.

Steuerschätzung der Bundesregierung für 1977

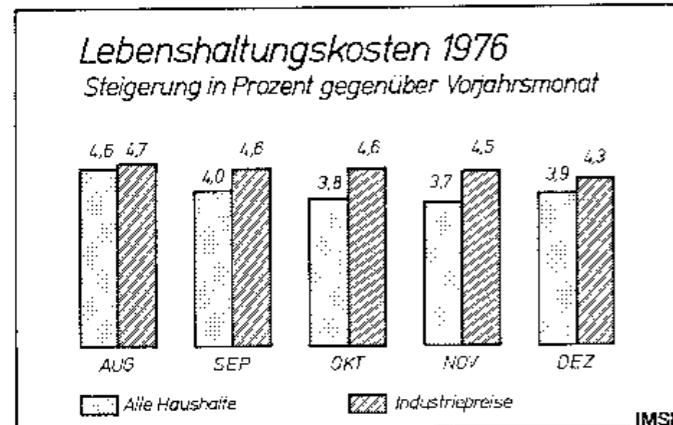
	in Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber Vorjahr
Steuern insgesamt ¹	294,2	+ 10,6
darunter:		
Lohnsteuer	92,0	+ 14,0
Umsatzsteuer	39,0	- 6,3
Veranlagte Einkommensteuer	33,0	- 8,2
Körperschaftsteuer	15,0	+ 36,4

¹ Bund, Länder und Gemeinden

(Quelle: Handelsblatt v. 22. 12. 76)

Die Bundesregierung geht dabei von einem erwarteten Anstieg des Bruttosozialprodukts in Höhe von nominal 8,8 Prozent aus. Die Bruttolöhne und -gehälter sollen demnach um 8,6 steigen. Es ist also ein weiterer kräftiger Anstieg der Lohnsteuerbelastung programmiert.

Die Entwicklung der Körpers



Im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten haben die industriellen Erzeugerpreise, die wesentlich konjunkturreagibler sind als die Verbraucherpreise, im Jahresverlauf 1976 ihr Steigerungstempo vergrößert. Im Dezember 1976 lagen sie um 4,3 Prozent über dem Stand von 1975, während die Steigerungsrate im Vorjahr nur 2,5 Prozent betragen hatte.

Angesichts der immer noch überproportional steigenden Nahrungsmittelpreise ist es daher nicht zu erwarten, daß sich das Tempo der Preissteigerungen insgesamt weiter abschwächt. Allein die Erhöhung einiger Verbrauchssteuern für Alkohol und Zigaretten wird die Preissteigerungsrate 1977 um 0,5 Prozent nach oben treiben.

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Mit der Lohn- und Gehaltsrunde in der Stahl- und Eisenindustrie wurde die Tarifbewegung 1976/77 im Oktober 1976 eingeleitet. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute in ihrem „Herbstgulach“¹, der Sachverständigenrat und zahlreiche Unternehmersprecher orientierten auch für das kommende Jahr auf eine weitere Veränderung der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmertypen.

Die IG Metall kündigte die Lohn- und Gehaltstarife für den Eisen- und Stahlbereich in Nordrhein-Westfalen und für die Klöckner-Hütte in Bremen zum 31. 10. 1976. In einer relativ intensiven betrieblichen Diskussion wurden von zahlreichen Vertrauensleuten und Vertretern verschiedene Forderungen entwickelt, die sich in der Größenordnung zwischen 11 und 15 Prozent bewegten, wobei teilweise auch Sockelbeträge gefordert wurden:

Vertrauensleute Hoesch-Hüttenwerke, Westfalenhütte Dortmund	11 Prozent
Vertrauensleute Mannesmann, Duisburg-Hückingen	12 Prozent
Vertreterversammlung der IGM Gelsenkirchen	13 Prozent
Vertrauensleute Gießerei Meiderich (Thyssen)	15 Prozent
Vertrauensleute Klöckner-Hütte Bremen	80 DM und 5 Prozent
Vertrauensleute ATI Süd Duisburg	80 DM und 8 Prozent

Die von der Großen Tarifkommission gegen 2 Stimmen (von 1:1) beschlossene Forderung nach 8,5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung blieb weit hinter diesen Ergebnissen der betrieblichen Diskussion zurück.

Während der Verhandlungen Ende November/Anfang Dezember kam es in zahlreichen Betrieben zu kurzen Warnstreiks und Protestdemonstrationen.

Nach Angaben der IG Metall beteiligten sich an diesen Aktionen über 20.000 Arbeiter und Angestellte.

In der Nacht zum 8. Dezember wurde in Krefeld der neue Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent vorsieht. Die Forderung der IGM auf Einführung eines gleichmäßigen Monatslohns für Arbeiter wurde auf spätere Verhandlungen verschoben. Die stahltypischen Zuschlüsse wurden nicht erhöht, die Urlaubsverlängerung beschränkte sich auf einen einzigen Tag im Verlauf von drei Jahren.

Die Unzufriedenheit der Gewerkschafter drückte sich u. a. darin aus, daß von den 110 Mitgliedern der Großen Tarifkommission 69 für Annahme stimmten und 41 (37 Prozent) dagegen votierten.

Mit der Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife in der metallverarbeitenden Industrie zum 31. 12. 1976 durch die IG Metall² begann die zweite große Tarifbewegung im Winter 76/77. Im November/Dezember 1976 wurden in zahlreichen Betrieben Forderungen aufgestellt, die zwischen 10 und 16 Prozent Lohnsteigerungen beinhalteten.

Vertrauensleute Thyssen-Henschel Kassel: 13 Prozent
Vertrauensleute Opel Rüsselsheim: 6 Prozent und 120 DM (oder 12 Prozent)

Vertrauensleute Opel Bochum: 220 DM

Vertrauensleute Vulkan-Werft Bremen: 210 DM (– 16 Prozent)

Vertrauensleute SEL-Hauptverwaltung (ITT-Konzern): 5 Prozent und 120 DM

Vertrauensleute Teves (ITT) Frankfurt: 12 Prozent, mind. 130 DM

Die regionalen Tarifkommissionen beschlossen noch vor Weihnachten 1976 Forderungen im Volumen von 9,5 bis 10 Prozent.

Nordrhein-Westfalen, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland und Bayern forderten 9,5 Prozent, während im Nordverbund und in Baden-Württemberg tarifpolitisch neue Forderungsformen angewandt wurden, die die unteren Lohngruppen an die obere heranführen sollen. Die norddeutschen Bezirke stellten gleichzeitig Mindestbetragsforderungen, die baden-württembergischen Bezirke einen Sockelbetrag (50 DM und 7 Prozent). Für den Tarifbereich Hamburg bedeutet die neue Forderungsform (9,6 Prozent, mindestens 125 DM), daß sich die Löhne in den unteren Lohngruppen zwischen 10 und 12 Prozent erhöhen würden.

Generell liegen die Forderungen in der metallverarbeitenden Industrie über den Forderungen im Stahl- und Eisenbereich. Dies ist sicherlich auch ein Ergebnis der kritischen Diskussionen nach dem unzureichenden Tarifabschluß vom 8. Dezember, obwohl auch in der Metallindustrie die betrieblichen Forderungen unzureichend berücksichtigt wurden.

Nach den ersten Verhandlungen wurde deutlich, daß die Unternehmer einen harten Konfrontationskurs einschlagen wollten. Die IG Metall lief Ende Dezember in Baden-Württemberg und Mitte Januar in Hessen zur Verweigerung von Überstunden und Leistungserhöhungen auf. Am 20. Januar wurden bei Ford weitere Sonderschichten und Überstunden abgelehnt.

In den letzten beiden Januarwochen beteiligten sich Tausende Arbeiter und Angestellte an Warnstreiks. Insgesamt beteiligten sich in diesen Tagen über 60.000 Arbeiter und Angestellte in Hessen und Baden-Württemberg, aber vereinzelt auch in anderen Bezirken, an Warnstreiks.

Am 27. Januar einigten sich in Nordrhein-Westfalen Gewerkschaft und Unternehmerverband in der Schllichtungsverhandlung auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,9 Prozent. Mit diesem Abschluß kann die IG Metall – unter der Voraussetzung, daß die Erhöhung auch effektiv in den Betrieben wirksam wird – nur knapp ein weiteres Absinken der Roalöhne verhindern.

Die Vertrauensleute der Opel-Werke Bochum forderten eine Überprüfung des Ergebnisses, und auch die Vertrauensleute von Opel-Rüsselsheim lehnten in einer Entscheidung den Abschluß als unzureichend ab. In der Tarifkommission Nordwürttemberg/Nordbaden lehnten 31 von 104 Mitgliedern den Tarifabschluß ab, u. a. auch deshalb, weil in Baden-Württemberg weder der geforderte Sockelbetrag noch eine Maßregelungsklausel durchgesetzt werden konnten.

Trotz der gegenwärtigen beschäftigungspolitischen Bedeutung hatte die IG Metall jedoch keine wirksame Arbeitszeitverkürzung, etwa durch Urlaubsverlängerung, durchgesetzt. Deshalb sollten die Tarifabschlüsse einiger kleinerer Gewerkschaften in diesem Bereich Beachtung finden. Im September 1976 konnte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff für die holzverarbeitende Industrie Nordrhein-Westfalens und Norddeutschlands eine stufenweise Urlaubsverlängerung bis 1980 auf die Höchstdauer von 30 Arbeitstagen durchsetzen. Die Urlaubsdauer soll nicht mehr nach der Betriebszugehörigkeitszeit, sondern nur nach dem Lebensalter gestaffelt werden.

Lohn- und Gehaltsabkommen September 1976 bis Januar 1977

Gewerkschaft	Abschluß	Bereich und Anzahl der Beschäftigten	Inhalt des Abkommens
NGG	September 1976	Brauereien in Bayern (20.000)	Lohn- und Gehaltserhöhung von 5,7 bis 6,8 %
IG Chemie, Papier, Keramik	Sept./Okt. 1976	papiererzeugende Industrie (70.000)	Erhöhung der Löhne und Gehälter um etwa 6 %
GHK	Sept.-Dez. 1976	holzverarbeitende Industrie und Tischlerhandwerk	Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,3 bis 6,5 %
Gew. Leder	Dezember 1976	Schuhindustrie (55.000)	Lohn- und Gehaltserhöhung durchschnittlich 6,1 %
IG Metall	Dezember 1976	Eisen- und Stahlindustrie NRW und Klöckner-Hütte Bremen (221.000)	Urlaubsverlängerung um 1 Tag (für 3 Jahre), Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 28 DM (1. und 2. Lehrjahr), um 33 DM (2. u. 3. Lehrjahr)
IG Metall	Januar 1977	metallverarbeitende Industrie (3,2 Mill., mit Bayern 3,8 Mill.)	Lohn- und Gehaltserhöhung um 6,9 %, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 35 DM (1. und 2. Lehrjahr), um 40 DM (3. und 4. Lehrjahr)
IG Druck und Papier	Januar 1977	Papier-, papp- und Kunststoffverarbeitende Industrie (118.000)	Lohn- und Gehaltserhöhung um 6,6 %, Strukturelle Verbesserung für untere Lohngruppen ergeben Gesamtvolume von 6,85 %

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten vereinbarte für die Olmühlenindustrie eine Reduzierung der wöchentlichen effektiven Arbeitszeit auf 37,5 Stunden für Schichtarbeiter.

Für die niedersächsischen Brauereien vereinbarte die NGG erstmals in der Bundesrepublik ein Abkommen, das einen Abbau von Überstunden und einen Ausgleich der dadurch entstehenden Vakanzen mit Neueinstellungen vorsieht und das die Empfehlung enthält, künftig vorzugsweise Arbeitslose als Aushilfskräfte einzustellen.

Manttarifabkommen und Sondervereinbarungen

Gewerkschaft	Abschluß	Bereich und Anzahl der Beschäftigten	Inhalt des Abkommens
GHK	September 1976	holzverarbeitende Industrie und Tischlerhandwerk in NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen (250.000)	Urlaubsverlängerung stufenweise bis 1980 auf 30 Arbeitstage unabhängig von der Betriebszugehörigkeitsdauer (nur Lebensalter)
NGG	September 1976	Brauereien in Niedersachsen (5.000)	Abbau von Überstunden aus beschäftigungs-politischen Gründen und Ausgleich der dadurch entstehenden Vakanzen mit Neueinstellungen; Empfehlung, künftig vorzugsweise Arbeitslose als Aushilfskräfte einzustellen
IG Chemie, Papier, Keramik	Oktober 1976	Papier- und Zellstoffverarbeitende Industrie (60.000)	1. Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90 % des Nettoeinkommens 2. Unterhaltsunterstützung für Familie im Todesfall 3. Urlaubsverlängerung jeweils um 1 Tag am 1. 1. 77 und 1. 1. 78 4. Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 19 DM täglich
IG Metall	Oktober 1976	metallverarbeitende Industrie (3,8 Mill.)	1. Vermögenswirksame Leistungen: Erhöhung von bisher 312 DM jährlich auf 468 DM ab 1. 7. 76, ab 1. 1. 80 auf 624 DM im Jahr 2. betriebliche Sonderleistungen (Weihnachtsgeld): Erhöhung in allen Stufen um 10 %, nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit 50 % des Monatseinkommens Reduzierung der wöchentlichen effektiven Arbeitszeit auf 37,5 Stunden für Schichtarbeiter Verbesserung der Kündigungsregelungen für ältere Arbeiter und Angestellte
NGG	Dezember 1976	Olmühlenindustrie	

3.5 Beschäftigung

Die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft hat im Verlauf von 1976 wieder etwas zugenommen, ohne jedoch den jeweiligen Vorjahresstand wieder zu erreichen.

Der Aufschwung der Produktion hat sich auf die Beschäftigungssituation kaum ausgewirkt. Lediglich die geleisteten Arbeitsstunden nahmen zu. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt wiederum über einer Million, nur unwesentlich unter dem Stand von 1975. Zum Jahreswechsel 1976/77 hat sich die Situation wieder verschärft.

Arbeitsmarkt in 1000 Personen

	Beschäftigung in 1000 Personen 1976		Arbeitslose saisonbereinigt	
	1	2	1	2
August	940	– 91	66	475
Sept.	899	– 106	94	233
Oktober	944	– 117	140	– 2
November	985	– 129	168	– 51
Dezember	1.090	– 133	214	186
Januar	1.249	– 102	269	– 474

1 Absolute Zahlen; 2 Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/77, S. 65*)

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt muß um so mehr beunruhigen, als 1976 nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit mehr als 150 000 Personen in die „stille Reserve“ wechselten, also nicht mehr als Arbeitslose registriert wurden. Zudem verließen per Saldo ebenfalls mehr als 150 000 ausländische Arbeiter die Bundesrepublik und entlasteten so den Arbeitsmarkt.

Berücksichtigt man diese beiden Faktoren, so lag die Arbeitslosigkeit zum Jahreswechsel 1976/77 in Wirklichkeit um etwa 200 000 über dem Vorjahresstand.

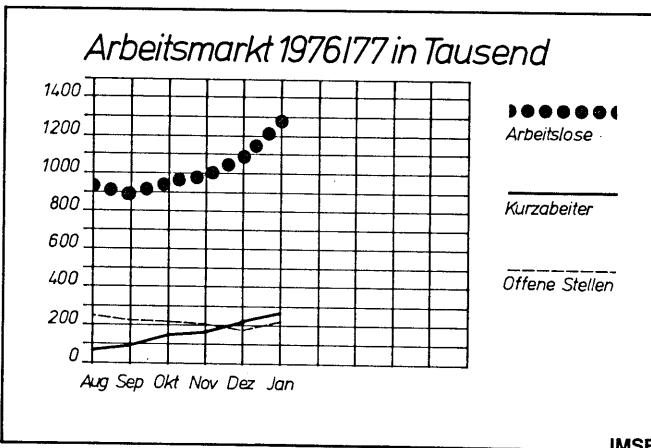
Bei Projektionen der zukünftigen Entwicklung muß bedacht werden, daß der bisher als „Beschäftigungspuffer“ benutzte Bestand an ausländischen Arbeitern sich allmählich stabilisiert. Für 1970 wird nur noch ein Rückgang von 70 000 erwartet. Ein großer Teil – in Frage kommen ohnehin nur Ausländer aus dem Bereich außerhalb der EG – ist schon seit vielen Jahren in der BRD ansässig und lebt hier mit der Familie. Immer mehr jugendliche Ausländer wachsen in das Erwerbstätigentalter hinein und machen ihr Grundrecht auf Arbeit geltend. Diese Ausländer sind längst fester Bestandteil der Struktur der Bundesrepublik geworden. Eine nationalistische Unterscheidung zwischen Ausländern und Deutschen widerspricht diesen Gegebenheiten und kann daher nicht als Mittel einer humanen Beschäftigungspolitik betrachtet werden. Auch die bisher praktizierte Verweigerung der Arbeitserlaubnis für bestimmte Ausländergruppen – Ehefrauen, Jugendliche – muß als ungeeignete und inhumane Maßnahme abgelehnt werden. Darüber hinaus werden diese Gruppen in illegale Arbeitsverhältnisse gezwungen und schaffen so eher noch zusätzliche Probleme.

Die materielle Situation der Arbeitslosen hat sich im abgelaufenen Jahr weiter verschlechtert. Immer mehr Erwerbslose müssen zu der niedrigeren und mit diskriminierenden Bedingungen verbundenen Arbeitslosenhilfe übergehen, oder erhalten überhaupt keine Unterstützung mehr.

Arbeitslosenunterstützungen im November 1976

	in 1000	Anteil in %	Zum Vergleich: November 1975 in %
Arbeitslose	985	100	–
davon:			
Bezieher von			
Arbeitslosengeld	523	53,1	61,1
Arbeitslosenhilfe	154	15,6	12,2
Ohne Anspruch	308	31,3	26,7

(Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, 2/77, S. 67)



Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen und in zweiter Linie eine Folge des Haushaltstrukturgesetzes vom 1. 1. 1976, durch das die Gruppe der Abgänger aus Fach- und Hochschulen den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verloren hat.

Die immer noch wachsende Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt die Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vom September 1976.

Dauer der Arbeitslosigkeit im September 1976

	in 1000	Anteil in % Sept. 1976	Sept. 1975
Bis 1 Monat	149	16,6	16,4
1 bis 3 Monate	223	24,8	25,5
3 bis 6 Monate	160	17,8	21,2
6 bis 12 Monate	205	22,9	27,3
1 bis 2 Jahre	122	13,6	8,3
über 2 Jahre	39	4,3	1,3

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 1/77, S. 27)

Die Zahl der Arbeitslosen mit über einem Jahr Arbeitslosigkeit hat gegenüber dem Vorjahr absolut stark zugenommen – bei einer leicht rückläufigen Gesamtarbeitslosigkeit.

Der Schwerpunkt der Dauerarbeitslosigkeit liegt in den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren. Aber von den 161 000 Erwerbslosen mit mehr als einem Jahr Arbeitslosigkeit waren immerhin 18 000 jünger als 25 Jahre. Dabei muß berücksichtigt werden, daß gerade in diesen Altersgruppen die versteckte Arbeitslosigkeit relativ groß ist. Viele jugendliche Arbeitslose werden von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt und tauchen daher nicht in den Arbeitslosenstatistiken auf.

Gerade bei den jugendlichen Arbeitslosen – im September 1976 waren 103 000 unter 20 Jahre – steigt die Zahl derjenigen, die von der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. 23 000 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahre gehörten im September 1976 zu dieser Gruppe.

Der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit liegt noch immer bei der Gruppe ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Allerdings ist zu beobachten, daß der Anteil der Gruppe der Qualifizierten allmählich wächst. So ging die Gesamtarbeitslosigkeit zwischen September 1975 und September 1976 um 10,8 Prozent zurück. Die Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung aber nahm noch leicht um 1,5 Prozent zu.

Arbeitslose nach Berufsausbildung

	in 1000	Anteil in % Sept. 1976	Sept. 1975
Nicht abgeschlossene Ausbildung	470	52,3	58,1
Abgeschlossene Ausbildung	428	47,7	41,9
darunter:			
Lehre	342	38,1	34,8
Fachschule	50	5,5	4,1
Fachhochschule	17	1,8	1,5
Hochschule	20	2,3	1,5

(Quelle: Amtliche Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 1/77, S. 20)

Arbeitslosigkeit ist also keineswegs vorwiegend ein Problem bestimmter Beschäftigungsgruppen oder bestimmter Qualifikationen. Es ist ein Problem der gesamten Arbeiterklasse, das nur durch Maßnahmen zur Beeinflussung der Gesamtbeschäftigung verringert werden kann.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickhaus, 3550 Marburg

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 2. 1977 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementsspreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.